



Interviews

Datum: 20. Oktober 2022

Katarina Barley, SPD, Vize-Präsidentin des Europäischen Parlaments im Gespräch mit Tobias Armbrüster

Tobias Armbrüster: Am Telefon ist Katarina Barley, die stellvertretende Präsidentin im Europaparlament. Wir erreichen sie in Straßburg. – Schönen guten Morgen!

Katarina Barley: Guten Morgen, Herr Armbrüster.

Armbrüster: Frau Barley, laufen in den EU-Büros die Heizungen schon?

Barley: Auch wir haben uns verpflichtet, die Temperaturen so zu halten, dass wir möglichst wenig Energie verbrauchen. Wir sind als Parlament sowieso schon seit langem sehr energiesparend unterwegs. Natürlich sind wir uns dessen bewusst. Aber die Anspannung lässt die Atmosphäre manchmal von alleine ein bisschen aufheizen.

Armbrüster: Frau Barley, warum braucht die EU dann trotz dieser ja doch prekären Lage beim Thema Gaspreis so lange, um eine Einigung zu finden?

Barley: Es ist ja in dem Beitrag schon angeklungen. Die Ausgangsvoraussetzungen sind sehr unterschiedlich in den einzelnen Mitgliedsstaaten. Die Möglichkeiten, die die Staaten haben, darauf zu reagieren, sind sehr unterschiedlich, und die politischen Einstellungen auch. Da wird auch manchmal ein bisschen aus politischen Gründen mit den Fingern vom einen auf den anderen gezeigt.

Armbrüster: Was schlagen Sie denn vor? Was wäre Ihre Lieblingslösung?

Barley: Ich glaube, das am schnellsten zu erreichende wird sein, gemeinsame Einkaufsstrategien zu beschließen. Das hat ja bei den Corona-Impfstoffen auch ein kleines bisschen gedauert und gehapert am Anfang und dann ist es am Ende doch gelungen. Ich denke, das ist vor allem der Bereich, wo man am ehesten zu einer Einigung kommen wird. Denn es geht zumindest für Deutschland gar nicht mehr so sehr um dieses Jahr, da sind die Speicher schon gut gefüllt, sondern vor allen Dingen auch um die langfristige Strategie.

Armbrüster: Gemeinsame Einkäufe, da haben Sie die Sorge schon genannt, der Vergleich mit den Einkäufen bei den Corona-Impfstoffen. Ist nicht gerade dies das Problem, selbst wenn es langfristig irgendwie funktionieren sollte? Wir haben nun mal nicht viel Zeit und wenn es am Anfang, in den ersten paar Monaten schief läuft, läuft Europa in eine noch viel größere politische Krisenlage.

Barley: Der Krieg läuft ja nicht erst seit gestern, leider, und es ist jetzt schon sehr viel Zeit vergangen. Deswegen ist dieser Bereich, der ja völlig naheliegend ist, einer, den man jetzt

Deutschlandfunk

Ein Programm von Deutschlandradio

Raderberggürtel 40

50968 Köln

Fragen und Anmerkungen an: hoererservice@deutschlandradio.de

wirklich schnell angehen muss. Die Vorbereitungen sind getroffen und ich hoffe, dass wir da jetzt bald zu einem Ergebnis kommen. Olaf Scholz möchte ja gerne auch noch mehr Länder einbeziehen als möglicherweise die EU-Staaten, wenn man es denn macht, damit man auch wirklich noch größere Marktmacht hinter sich hat und bessere Bedingungen verhandeln kann.

Armbrüster: Was spricht denn eigentlich gegen den Gaspreisdeckel, dass die EU, dieser riesige Markt, dass die EU einfach sagt, wir hier in diesem Staatenbund zahlen nur einen bestimmten Preis für Gas, das andere an uns verkaufen sollen, einen Höchstpreis, den wir selber festlegen, und wer mehr verlangt, der ist mit uns aus dem Geschäft? Was spricht gegen so eine Gaspreisdeckelung?

Barley: Die Sorge, die manche haben, ist, dass dann nicht mehr ausreichend Menge angekauft werden kann, dass die Lieferungen, die man zu dem Preis bekommt, nicht ausreichen. Das ist am Ende auch immer eine Frage, wie man das macht. Das ist die große Sorge, die Versorgungssicherheit.

Armbrüster: Das ist ja die Sorge, die auch immer die Bundesregierung äußert. Stimmen Sie damit überein, oder haben Sie da als Politikerin im EU-Parlament eine andere Meinung?

Barley: Hier im Europäischen Parlament sind sehr viele stark dafür, weil viele andere Sorgen haben als Deutschland. Ich glaube, es ist am Ende eine Frage, wie man es ausgestaltet. Man muss das so hinbekommen, dass man dieser Gefahr nicht begegnet. Da bräuchte man dann eine größere Flexibilität. Ich hoffe, dass man an dieser Stelle am Ende zueinander kommt, weil da wirklich auch die Befürchtungen der anderen Länder hier in der Europäischen Union sehr groß sind.

Armbrüster: Wie groß ist denn der Schaden, den Deutschland mit seinem 200 Milliarden Paket angerichtet hat, mit dem Doppelwumms von Olaf Scholz?

Barley: Da hat sich die erste Aufregung schon ein bisschen gelegt. Das instrumentalisieren diejenigen, die es sowieso tun würden, die immer gegen Deutschland poltern, wie zum Beispiel die polnische Regierung. Aber man muss das Ganze ja schon ein bisschen mit kühlem Kopf sehen. Erstens war Deutschland nicht das erste Land, was eigene Maßnahmen ergriffen hat. Zweitens: Wenn man diese 200 Milliarden nicht auf ein Jahr rechnet, wie es ja auch gedacht ist, sondern auf mindestens zwei, dann relativiert sich das Ganze schon wieder. Es ist so, dass andere Länder erst die Maßnahmen genannt haben, Frankreich zum Beispiel, Spanien. Die haben gesagt, wir machen das und das und das und das, und Deutschland hat gesagt, wir setzen 200 Milliarden ein. Das ist eine riesen Summe für alle anderen Länder, die kleiner und wirtschaftlich nicht so stark sind, aber wenn man das Ganze mit kühlem Kopf betrachtet – und das tun hier natürlich alle, jedenfalls hinter verschlossenen Türen -, dann legt sich die Aufregung schon beträchtlich.

Armbrüster: Aber hat Olaf Scholz da nicht tatsächlich eine Menge Porzellan zerschlagen? Aus europapolitischer Sicht oder aus europäischer Sicht, aus Ihrer Sicht im Europaparlament wäre es doch sicher viel sinnvoller gewesen, wenn alle Mitgliedsstaaten ihre finanziellen

Kräfte in dieser Frage bündeln, dass man die 200 Milliarden nicht in einem einzigen Mitgliedsland ausgibt, sondern dass alle das Geld in einen Topf werfen.

Barley: Ja, das haben die anderen Mitgliedsstaaten aber auch nicht gemacht, und wie gesagt schon viel früher als Deutschland. Frankreich hat seine Preise wirklich komplett gedeckelt. Spanien hat andere Maßnahmen ergriffen. Da waren noch drei, vier andere Länder am Start, bevor Deutschland seine eigenen Maßnahmen aufgelegt hat. Wenn man ein gemeinsames europäisches Vorgehen gewollt hätte, dann sind das eher andere Länder, die da vorgeschritten sind. Wie gesagt, das große Problem hier war diese Summe, weil kein anderes Land von den Ausgaben gesprochen hat. Aber wenn Sie es verteilen aufs Bruttoinlandsprodukt, wenn Sie die 200 Milliarden auf zwei Jahre sehen, dann ähnelt das schon dem, was andere Länder auch tun.

Armbrüster: Aber wie das jetzt gelaufen ist mit den einzelnen nationalen Plänen für die Gaspreise, ist das nicht ein deutliches Signal dafür, dass sich in dieser Frage die EU-Mitgliedsländer überhaupt nicht einigen können?

Barley: Sie werden sich am Ende schon einigen. Für mich ist es eher ein Hinweis darauf, wie auch schon bei der Corona-Krise, dass man gucken muss, wo braucht man grundsätzlich eine bessere europäische Koordinierung, und zwar nicht erst dann, wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist, sondern grundsätzlich. Wo muss man Europa dann auch mehr Zügel in die Hand geben. Die Energie ist ein quasi komplett nationales Kompetenzfeld, die Gesundheit auch. Früher waren es die Finanzen. Immer erst nach den Krisen, nach der Bankenkrise, nach der Corona-Krise, jetzt wahrscheinlich auch, kriegt man es hin zu sagen, lasst uns mal mit kühlem Kopf darüber nachdenken, wieviel europäische Koordinierung oder auch Kompetenz da eigentlich sinnvoll ist. Das müsste dringend erfolgen.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.